



Politik

Taiwan kritisiert Chinas geplante Marineübung östlich der Insel

Taiwans Außenministerium (MOFA) und der Rat für Festlandangelegenheiten (MAC) kritisierten am 12. August Chinas Plan für eine gemeinsame Marineübung mit Indonesien in den Gewässern östlich von Taiwan auf das Schärfste.

Chinas Verteidigungsministerium hatte am Vortag angekündigt, dass ein chinesisches Marineschiff und eine indonesische Fregatte Mitte August dort eine sogenannte Durchfahrtsübung abhalten werden. Laut Peking geht es dabei um Kommunikationsübungen und Versorgung auf See.

Das taiwanische Außenministerium erklärte, China missachte internationale Regeln und erhöhe die Spannungen in der Region. Der Rat für Festlandangelegenheiten bezeichnete den Plan als militärische Provokation, die Taiwans Souveränität verletze und die regionale Sicherheit gefährde.

Wie das MOFA mitteilte, habe es nach der chinesischen Ankündigung umgehend bei den Beteiligten nachgefragt und Indonesien um Klärung gebeten. Taiwan und Indonesien unterhalten keine formellen diplomatischen Beziehungen, haben aber Vertretungen in den jeweiligen Hauptstädten und enge Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen.

Das MAC erklärte weiter, China habe zuletzt immer wieder sogenannte Grauzonen-Aktionen verstärkt. Dazu zählten chinesische Regierungs- und Forschungsschiffe in Gewässer zu senden, die Taiwan zu seiner ausschließlichen Wirtschaftszone zählt. Aus Sicht der Behörde versucht Peking nun, durch Übungen mit anderen Ländern den Eindruck zu erwecken, es habe Zuständigkeit über Gewässer östlich von Taiwan.

Taiwan werde die Lage weiter genau beobachten und nötige Maßnahmen ergreifen, um seine Souveränität sowie Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße zu schützen, hieß es aus Taipeh.

Außenminister Lin empfängt CEO Fly von Freedom House



Der taiwanische Außenminister Lin Chiaung traf am 7. August in Taipeh mit dem CEO der Nichtregierungsorganisation (NGO) *Freedom House*, Jamie Fly, zusammen, um sich über demokratische Entwicklung, Kooperation bei Menschenrechten sowie die Herausforderungen auszutauschen, die durch die Expansion von Autorita-

rismus für Taiwan und die Welt entstehen.

Lin lobte die steten Bemühungen von *Freedom House*, Freiheit und Demokratie weltweit voranzubringen, indem die Organisation Berichte erstelle und Forschung zu transnationaler Unterdrückung durchführe. Das Außenministerium arbeite momentan an der Gründung eines Zentrums für internationale Nichtregierungsorganisationen (INGO), um Taiwan zu einer maßgeblichen Drehscheibe für INGOs in der Indo-Pazifik-Region zu formen, so Lin.

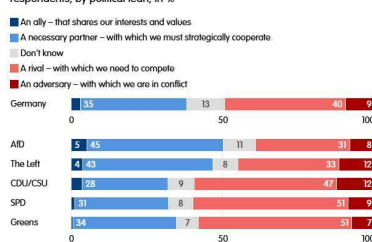
Der Außenminister bekundete ferner seine Hoffnung auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen wie *Freedom House*, um gemeinschaftlich die demokratische Belastbarkeit zu stärken.

Jamie Fly lobte Taiwans Beiträge zu Demokratie und Schutz der Menschenrechte. Taiwan stehe in dem von seiner Organisation erstellten Bericht *Freedom in the World 2026* auf Rang 2 in Asien, und er freue sich darauf, eine engere Partnerschaft mit Taiwan aufzubauen, um die demokratische Entwicklung in der Region zu unterstützen.

Freedom House wurde im Jahr 1941 gegründet und gab seinen ersten jährlichen Bericht zu Freiheit in der Welt im Jahr 1973 heraus. Seit fast 30 Jahren in Folge wurde Taiwan im Bericht als „frei“ bewertet, hieß es aus Taipeh. Taiwans Regierung und Zivilgesellschaft hatten im letzten Jahr den erstmals von der Organisation vergebenen *Beacon Award* erhalten.

ECFR-Umfrage: Deutsche sehen China kritischer

Generally speaking, thinking about China, which of the following statements best reflects your view on what it is to the EU? German respondents, by political lean, in %



Source: ECFR-commissioned public opinion survey, conducted by YouGov, Mandate Research and Turquoise in May 2026.
ECFR - edfrow

Nach einem Bericht von Radio Taiwan International (RTI) vom 11. August unter Berufung auf den chinesisch-sprachigen Bericht der Deutschen Welle und Daten des European Council on Foreign Relations (ECFR) blicken viele Menschen in Deutschland zunehmend kritisch auf China.

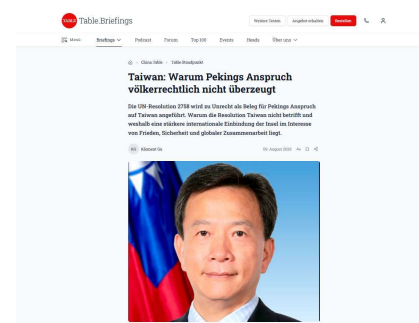
In einer ECFR-Umfrage sehen 40 Prozent der Befragten China als Wettbewerber, weitere 9 Prozent als Gegner in einem Konflikt. Damit ist die Skepsis in Deutschland stärker ausgeprägt als etwa in Spanien oder Italien.

Der [ECFR-Kommentar](#) vom 6. August - "Trust the numbers: Germans are open to a more hawkish China policy" - kommt zu dem Schluss, dass viele Deutsche sowohl eine härtere China-Politik als auch mehr Investitionen in europäische Zukunftstechnologien befürworten, damit neue wirtschaftliche Abhängigkeiten von China verringert werden.

Die ECFR-Autorinnen Nele Anders und Nina Schmelzer erklärten, deutsche Entscheidungsträger müssten weniger Sorge haben, dass eine strengere China-Politik bei den Wählern auf Ablehnung stoße. Deutsche sind im Vergleich von 15 untersuchten europäischen Ländern besonders chinaskeptisch. Unter Anhängern von CDU/CSU und SPD betrachteten mindestens 60 Prozent China als Rivalen oder Gegner. In Italien und Spanien sehen dagegen größere Teile der Bevölkerung China weiterhin als notwendigen Partner oder sogar als Verbündeten - der ECFR nennt hier 56 Prozent in Italien und 65 Prozent in Spanien.

Der Grund für diesen Trend in Deutschland sieht der ECFR unter anderem im starken Druck auf die deutsche Industrie, insbesondere die Autoindustrie. Zugleich sehen die Autorinnen in der Energiewende eine Chance: Eine strengere China-Politik könne mit Investitionen in erneuerbare Energien und europäische Zukunftsindustrien verbunden werden. Ziel sei es, neue Abhängigkeiten von China zu vermeiden und gleichzeitig die eigene Wirtschaft zu stärken.

Botschafter Dr. Klement Gu widerspricht Pekings Taiwan-Anspruch



Am 9. August erschien im deutschen Fachmedium Table Media im China Table ein Gastbeitrag in der Rubrik „Standpunkt“ von Botschafter Dr. Klement Gu.

In seinem Text - „Taiwan: Warum Pekings Anspruch völkerrechtlich nicht überzeugt“ - widerspricht er der chinesischen Darstellung, Taiwan gehöre zur Volksrepublik China.

Hier finden Sie den vollständigen Beitrag (Paywall):

<https://table.media/china/standpunkt/taiwan-warum-pekings-anspruch-völkerrechtlich-nicht-ueberzeugt>